

Klimaschutz: Die Kosten des Nichtstuns

Studie. Das Zögern beim Klimaschutz beschere Österreich jedes Jahr 15 Milliarden Euro an Verlusten, rechnen Klimaforscher vom Grazer Wegener Center vor. Sogenannte „umweltschädliche Subventionen“ sollen schon 2021 fallen.

Wien. Klimaschutz ist teuer. So viel ist bekannt. Seit gestern gibt es aber auch Klarheit darüber, was es Österreich kostet, auf Klimaschutz zu verzichten. 15 Milliarden Euro an Verlusten würden 2020 durch den Klimawandel im Land verursacht, so das Ergebnis der „COIN-Studie“ des Grazer Wegener Centers. Zwei Milliarden Euro davon alleine durch Unwetter oder Schädlinge. Als vor fünf Jahren die erste derartige Kostenabschätzung berechnet wurde, lagen die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden noch bei einer Milliarde. Bis 2050 könnten die Schäden laut der Studie auf zwölf Milliarden Euro im Jahr anwachsen.

Weitere Kostenblöcke sind der Import fossiler Energieträger und die damit verbundenen Wertschöpfungsverluste (acht Milliar-

den Euro im Jahr), umweltschädliche Subventionen (vier Milliarden Euro im Jahr) und die Kosten für die Anpassung an den Klimawandel (eine Milliarde im Jahr).

„Schnelles Handeln wirkt“

„Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist“, sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds. Die grüne Umweltministerin Leonore Gewessler sah in den Ergebnissen keinen „Grund zur Freude“, sondern einen Handlungsauftrag an die Regierung, den Weg zur Klimaneutralität bis 2040 weiterzugehen.

In der Coronakrise hätte das Land „gelernt, dass schnelles Handeln wirkt“, sagte der leitende Studienautor und Klimaökonom Karl Steininger. „Bei der Klimakrise

manifestieren sich die Schäden zwar langsamer, aber sind dafür anhaltender“. Um das „Verharren im fossilen System“ zu beenden, müsste eine CO₂-Steuer oder eine ökosoziale Steuerreform real werden.

Eine entsprechende Steuerreform stellte Leonore Gewessler ebenso in Aussicht, wie den Abbau der umweltschädlichen Subventionen. Es werde bereits an der ökosoziale Steuerreform gearbeitet, mit dieser soll umweltfreundliches Verhalten in Zukunft günstiger werden und bereits kommendes Jahr sollen für die Umwelt „kontraproduktive“ Anreize wegfallen. Es sei „ökonomisch vernünftig“, die Auswirkungen des Klimawandels zu bekämpfen.

Weitere Kernpunkte im Kampf gegen den Klimawandel seien der

Ausbau erneuerbarer Energie und die Verkehrs- und Mobilitätswende. Noch in diesem Sommer soll das Erneuerbaren Ausbaugesetz (EAG) in Begutachtung gehen.

Steuerreform vorziehen

Greenpeace wünschte sich in einer Reaktion auf die Studie, dass die ökosoziale Steuerreform vorgezogen werden sollte: „Eine Zukunft in der Klimakrise wird unbezahlbar – so wie eine Coronakrise, nur jedes Jahr und ohne Aussicht auf Heilung“, so Jasmin Duregger, Klimaexpertin bei Greenpeace. „Mit zunehmendem Wissen, erwarten wir immer größere Schäden“, hieß es von Global 2000, das ähnliche Forderung stellt und dazu noch „eine Klimamilliarde jedes Jahr und nicht nur für die Jahre 2021 und 2022“ verlangt. (auer/ag)